Bayerischer Monatsspiegel

Magazin für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur

Ausgabe 158 | Februar 2011



Titelthema: Sicherheit

Werner Weidenfeld: Geopolitische Paradigmenwechsel

Bruno Bandulet: Der Euro und seine Geburtsfehler

Horst Seehofer: Wir geben weiter Gas

Hugo Müller-Vogg: Auf dem Weg zu einer anderen Republik

Karl-Theodor zu Guttenberg: Alles bleibt anders

Wolfgang Ischinger: Vertrauen schafft globale Sicherheit

Joachim Herrmann: Ohne Sicherheit ist keine Freiheit

Ludwig Spaenle: Jeder nach seinen Fähigkeiten

Magdalena Neuner: Ich will mein Bestes geben

330/48 886500



81675 München Maria-Theresia-Str. 21 Geschwister-Scholl-Institut für Prof. Dr. Werner Weidenfeld



06423 PVSt Deutsche Post

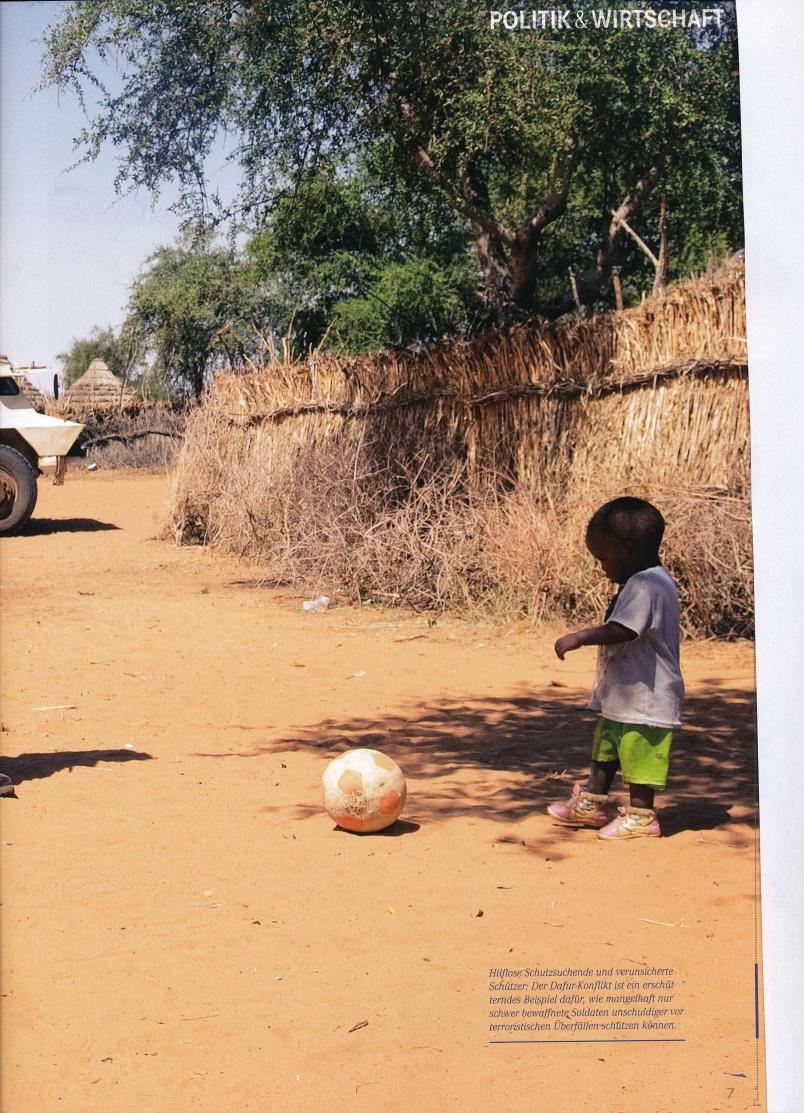


Bayerischer Monatsspiegel, Verl.-Ges. mbH, Hagnweg 13, 83703 Gmund a. Tegems



Die aktuellen weltpolitischen Konflikte treffen auf Ratlosigkeiten. Sie sind nicht wirklich in der Tiefe auflösbar - von Korea über den Iran bis zu Afghanistan, von der europäischen Währung über das Schwarze Meer bis zur Donauregion. Das heutige Paradigma ist noch nicht auf den Begriff gebracht. Dies unterscheidet die Gegenwart von früheren Epochen: dem Zeitalter der Imperien, der Epoche des Nationalstaates, der Ära des weltpolitischen Konflikts zwischen Ost und West.

Der Ost-West-Konflikt konnte praktisch alles erklären. Er bot einen Antagonismus der politischen Systeme, der ökonomischen Ordnungen und der Menschenbilder – alles verbunden mit konkurrierenden Machtansprüchen. Als dieser alles dominierende



30 Jahre europäische Integration

Gemeinsam mit seinem Kölner Kollegen Professor Wolfgang Wessels gibt der Münchner Politikwissenschaftler Professor Werner Weidenfeld seit nunmehr 30 Jahren das Jahrbuch der Europäischen Integration des Instituts für Europäische Politik (Berlin) heraus. Es dokumentiert und bilanziert seit 1980 zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Entstanden ist in drei Jahrzehnten eine einzigartige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte.

Das "Jahrbuch der Europäischen Integration 2010" führt der Jubiläumsband diese Tradition fort. In fast 90 Beiträgen zeichnen die Autorinnen und Autoren in ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten die europapolitischen Ereignisse des Berichtszeitraums 2009/2010 nach und informieren über die Arbeit der europäischen Institutionen, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, Europas Rolle in der Welt und die Europapolitik in den Mitgliedstaaten und

Kandidatenländern. Themenschwerpunkte des Jahrbuchs 2010 bilden der Vertrag von Lissabon und die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union. "Als wir damit begonnen haben, wurden wir noch belächelt", resümiert Herausgeber Weidenfeld. "Heute ist es die umfangreichste Dokumentation der Integration unseres Kontinents."



Jahrbuch der Europäischen Integration 2010

Herausgegeben von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld und Prof. Dr. Wolfgang Wessels

Nomos Verlag, 576 Seiten, 49 Euro

Konflikt unterging, brach eine gewisse Ratlosigkeit aus. Erste neue Erklärungsversuche blieben höchst unscharf: Post-Kommunismus, Post-Moderne, Post-Nationalismus. Es erschienen erste Bestseller zu dieser konzeptionellen Suchbewegung: Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte; Sam Huntington, Kampf der Kulturen. Aber ein politisch und kulturell akzeptiertes Erklärungsangebot existiert bis heute nicht. Wir werden vielmehr begleitet von Deutungsdefiziten, Erklärungsmängeln, Interpretationsnöten.

Verschärft wurde diese Entwicklung durch den Verlust des sicherheitspolitischen Schlüssels: Das Prinzip der Abschreckung kann nicht mehr die Sicherheit garantieren. Das Abschreckungskalkül hob ab auf das Risiko-Kalkül des potentiellen Angreifers. Kein Angreifer wollte die Selbstvernichtung riskieren. Deshalb kalkulierten die Eliten in Ost und West so sorgfältig – was ein

friedenserhaltendes Ergebnis zeitigte. Heute aber ist die Sicherheit bedroht u. a. durch professionelle Terroristen, denen paradiesische Zusagen im Falle ihres eigenen Todesopfers gegeben sind. Risikokalkül ist keine Grundlage von deren sicherheitspolitischem Denken und Handeln. Sicherheit hat weitgehend ihre rationale Grundlage verloren. Die Gesellschaften sind auf neue Art zu Schutz-Suchenden geworden.

Der erste Befund lautet also: Wir befinden uns in einer Orientierungskrise. Diese Orientierungskrise verbindet sich mit einer Vertrauenskrise. Moderne bedeutet ja wachsende Komplexität, technologisch bedingte weltweite Kommunikation, schneller Wandel, wachsende Arbeitsteilung. Das bedeutet: Die moderne Gesellschaft lebt von permanentem Vertrauensvorschuss in jeder Lebenssituation. Daraus erwächst die Schlüsselrolle der Kategorie "Vertrauen". Die empirische Datenlage aber beweist uns den dramatischen Vertrauensentzug. Die westliche Welt ist inzwischen zur Misstrauensgesellschaft geworden. Dies aber bedeutet Vitalitätsentzug, gesellschaftlicher Sauerstoffverlust.

Wenn wir diese Verbindung von Orientierungskrise und Vertrauenskrise auf die weltpolitische Bühne projizieren, dann müssen wir uns sensibel eine elementare Erkenntnisgrundlage vor Augen halten: Alles ist Perzeption – nicht ein Ding an sich. So konstatier-

Die westliche Welt ist zur Misstrauensgesellschaft geworden.

te es bereits Immanuel Kant. Wie also ist die Wahrnehmung der weltpolitischen Architektur? Das empirische Datenmaterial vermittelt eine weltweit eindeutige Botschaft: Gegenwärtig dominieren zwei große Weltmächte: USA und China. In 20 Jahren aber werden es sechs Weltmächte sein, die unser Leben prägen: USA und China, Indien und Japan, Russland und Europa. Nach dem Zeitalter der Bipolarität folgt eine komplexe Multipolarität.

Wer aber wird diese Multipolarität prägen? Die konventionellen Kategorien der Macht lauten: wirtschaftliche Potenz, politische Stabilität, wissenschaftliches Potential, militärische Kraft. Aber wirklich entscheidend wird sein, wer über die Deutungsmacht verfügt, wer das Erklärungsmodell in der Hand hat, dem die anderen folgen. Jede Weltmacht muss also strategische Kulturen und strategische Eliten aufbauen.

Das weltweite Kernproblem bleibt dazu die Diskrepanz zwischen internationalisierter Problemstruktur und nationaler Legitimationsstruktur. Die weltpolitischen Akteure müssen immer vorsichtig auf ihre nationale Legitimationsbasis blicken. Damit verlieren sie häufig die langfristige strategische Problemlösung aus den Augen.

Was bedeutet das alles für die künftige weltpolitische Rolle Europas?

Europa könnte ein neues Kapitel seiner Erfolgsgeschichte schreiben. Die Bewohner der Europäischen Union haben erkannt, dass für die Agenda der Zukunft der einzelne Staat zu klein und der Hinweis auf die Globalität zu diffus ist. Der Kontinent aber auf dem rund 500 Millionen Menschen ihr Zusammenleben politisch organisieren, ist die angemessene Größenordnung. In der Wahrnehmung seiner Bürger hat Europa auf dem Unterfutter globaler Finanzkrisen enorm an Bedeutung gewonnen. Trotzdem schlägt es



Europa muss als eine werdende Weltmacht eine große weltpolitische Mitverantwortung übernehmen. Eine große Aufgabe, der sich Europas neue "Außenministerin" Lady Ashton gewachsen zeigen muss.

gerade eine neue Seite seines umfangreichen Buches der verpassten Chancen auf. Die Menschen begeben sich in eine Art innerer Migration, weil die Politik ihnen keine Orientierung bietet.

Warum eigentlich nicht? Vor einigen Jahren hatte bereits Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy einen großen strategischen Aufbruch gefordert. Bei seinen europäischen Kollegen löste er nur Vorbehalte aus. Dabei ist die Liste existentieller Zukunftsfragen nicht zu übersehen: Das Thema Sicherheit stellt sich mit völlig anderer Dringlichkeit. Das alte Prinzip der Abschreckung ist ausgehebelt. Die Bedrohung ist viel differenzierter, schwieriger zu kalkulieren und multidimensionaler – global vernetzt, mobiler, ihre Technologie wandelt sich schneller. Die Politik muss

Wer die Deutungshoheit gewinnt, gewinnt auch die Zukunft.

strategische Antworten auf diese Probleme erarbeiten, will sie die Chance auf ein Überleben stärken. Bisher taucht die Politik ab. Die dramatischen Veränderungen der Demographie ignoriert sie in geradezu peinlicher Form – sie fürchtet punktuelle Unpopularität. Dabei leben in ganz Europa zunehmend ältere und immer weniger junge Menschen; das Arbeits- und Sozialleben aber folgt immer noch der Logik des 19. Jahrhunderts. Damals waren die Menschen wegen ihrer harten Arbeit und ihrer schlechten Ernährung sehr früh körperlich verbraucht. Entsprechend wurde der Ruhestand organisiert. Heute bleiben die Menschen zwar bis ins hohe Alter arbeitsfähig, werden aber künstlich aus dem Arbeitsmarkt entfernt. Die Politik kennt die Schärfe der Daten, wagt sich aber nicht an die Lösung des Problems.

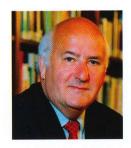
Beim Thema Energieversorgung sieht der Befund ähnlich aus. Europa ist der größte Energieimporteur der Welt, seine Lieferanten sind aber im Wesentlichen Länder in Krisenregionen oder machtbewusste Staaten ohne Stabilitätsgarantie. In Europa brennen künftig nur die Lichter, wenn es sich auf ein global angelegtes gemeinsames Konzept der Energiesicherung verständigt. Bislang ist davon wenig zu spüren.

Europa trägt als eine werdende Weltmacht natürlich eine große weltpolitische Mitverantwortung. Doch gleichgültig, ob es sich um die globalen Finanzmärkte oder den Klimawandel handelt, um Migration oder ethnologische Konflikte – keine Weltmacht kann solche Herausforderungen allein bewältigen. Wir brauchen dazu strategische Partnerschaften. In Indien, China und Brasilien sucht Europa bis heute aber vergeblich nach solchen Partnern. Nicht einmal bei den USA oder Russland lassen sich strategische Profile ausmachen. Die EU verzeichnet also einerseits einen Bedeutungsgewinn – andererseits aber leidet sie unter der gleichen Erosion der politischen Kultur wie auch ihre Mitgliedstaaten. Hier wie dort bedarf es dringend einer Strategie, eines Zukunftsbildes und einer Botschaft – aber hier wie dort wird nur punktuell, situativ und sprunghaft agiert. Das politische Grundmuster muss sich ändern.

Wir brauchen starke politische Führungsfiguren und strategische Köpfe. Notwendige Schritte müssen erklärt und vertrauensbildend umgesetzt werden.

Jürgen Habermas legt den Finger in die offene Wunde unserer Zeit. Er kritisiert "eine normativ abgerüstete Generation, die sich von einer immer komplexer werdenden Gesellschaft einen kurzatmigen Umgang mit den von Tag zu Tag auftauchenden Problemen aufdrängen lässt. Sie verzichtet im Bewusstsein der schrumpfenden Handlungsspielräume auf Ziele und politische Gestaltungsabsichten, ganz zu schweigen von einem Projekt wie der Einigung Europas."

Es liegt auf der Hand: Europas Politik muss das Erklärungsdefizit eliminieren. Sie muss viel mehr Zeit und Kraft darauf richten, ihr Handeln zu erläutern. Wer die Deutungshoheit gewinnt, gewinnt auch die Zukunft. ■



Prof. Dr. h. c. Werner Weidenfeld, 1947 in Cochem an der Mosel geboren, ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München. Der vielfach ausgezeichnete Politikwissenschaftler war Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, lehrte an der Sorbonne in Paris und ist ständiger Gastprofessor an der Renmin Universität in Peking.